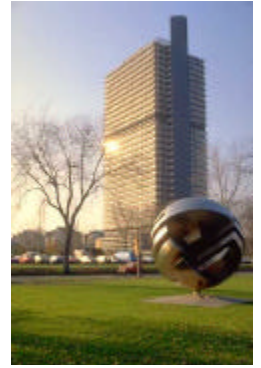




NEWSLETTER BERLIN



ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 17/2002 52. gesamt
15.11.2002

Nach der „ersten Hilfe“ jetzt die Operation wagen

Weder Bürgern noch Politiker macht es derzeit Spaß, Nachrichten zu hören oder Zeitungen zu lesen. Bei all den negativen Nachrichten kommt Pessimismus auf. Schnell ist der Vorwurf Wahlbetrug rund. Dabei hatte die Bundesregierung sich nur auf die Steuerschätzung aus Mai 2002 verlassen. In der zuständigen Kommission, die sich jetzt massiv korrigierte, sitzen übrigens auch CDU-Finanzminister aus den Bundesländern. Bei all den schlechten Nachrichten sollte nicht übersehen werden, dass die Koalition in wenigen Wochen Gesetze auf den Weg gebracht hat, die

als „erste Hilfe“ verhindern, dass das Defizit trotz massiven Einbruch bei den Steuereinnahmen ansteigt. Damit ist jetzt genug Luft da, um bis Mitte 2003 über grundsätzliche Strukturen nachzudenken und dann schnell zu entscheiden. Der Wirtschaftsweise Rürup hat die Riester-Rente als richtige Richtung bezeichnet. Jetzt muss die begonnene geförderte private Altersvorsorge ausgebaut und obligatorisch werden. Die reale Altersgrenze, mit der die Menschen in Rente gehen, muss von heute 60 Jahren deutlich ansteigen und alle Bevölkerungsgruppen (auch Beamte

und Politiker) in die Rentenversicherung einbezogen werden.

In der Gesundheitspolitik muss das deutsche System effizienter werden. Für den Geldeinsatz sind wir in Europa nur Mittelmaß. In Zukunft müssen auch Einkünfte aus Vermögen in die Beiträge einfließen, mehr Wettbewerb herrschen und ebenfalls alle Bevölkerungsgruppen einbezogen werden.

Gelingen diese Struktur-reformen, wird deutlich, warum wir jetzt sparen und damit manche Menschen enttäuschen mussten.



Uli Kelber im Gespräch mit Mitarbeitern der „Bonner Tafel“

Themen in dieser Ausgabe:

- Strukturreformen sind notwendig
- Hartz 1. Teil
- Sozialversicherungen müssen konsolidiert werden

Beschlossen: Hartz 1. Teil

Die Umsetzung der Hartz-Vorschläge erfolgt auf drei Handlungsebenen: Schaffung neuer Arbeitsplätze, Zusammenbringen von Arbeitslosen und offenen Stellen und Schaffung kundenfreundlicher und effizienter Strukturen bei der Bun-

desanstalt für Arbeit (BA). Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf stellen wir sicher, dass die durch die Hartz-Kommission vorgeschlagene Neuordnung des Arbeitsmarktes in ihren wesentlichen Teilen schnellstmöglich ihre

Wirkung entfalten kann. Die Gesetzentwürfe enthalten folgende Elemente:

- Erste Schritte für eine flächendeckende Einführung von JobCentern
- Erhöhung der Vermittlungsgeschwindigkeit
- Neuausrichtung des

Weiterbildungsmarktes

- Förderung älterer Arbeitnehmer
- PersonalServiceAgenturen (PSA)
- Brücken in die Selbstständigkeit
- Beschäftigungspotenziale in privaten Haushalten nutzen.

Konsolidierung Kranken- und Rentenversicherung: Sachverständige bestätigen den Kurs

Die in der Anhörung des Deutschen Bundestages befragten Sachverständigen haben die zentralen Positionen der Regierungskoalition gestützt.

1. Die vorgesehenen Sparmaßnahmen sind sozial gerecht.
2. Es wird keine Leistungskürzungen für die Patienten/innen geben.
3. Es gibt keine vernünftige fachliche Alternative: Zitat AOK-Bundesverband "Der Zug fährt in die richtige Richtung".
4. Der Plan, dieses Gesetespaket der geplanten Strukturreform "vorzuschalten", ist richtig
5. Die finanziellen Belastungen der Leistungserbringer – die niedergelassenen Ärzte, Apotheken, Krankenhäuser und Zahn-techniker sind gut abgewogen und zumutbar.

Somit ist es der Regierungskoalition gelungen, durch die vorliegenden Gesetzesentwürfe ein durchdachtes, fair belastendes Sparpaket vorzulegen. Die Gesetzgebung unterstützt das Anliegen der gesetzlich Krankenversicherten auf eine umfassende medizinische Versorgung. Im zweiten Teil der Anhörung haben die Sachverständigen der Regierungskoalitionen bestätigt, dass es

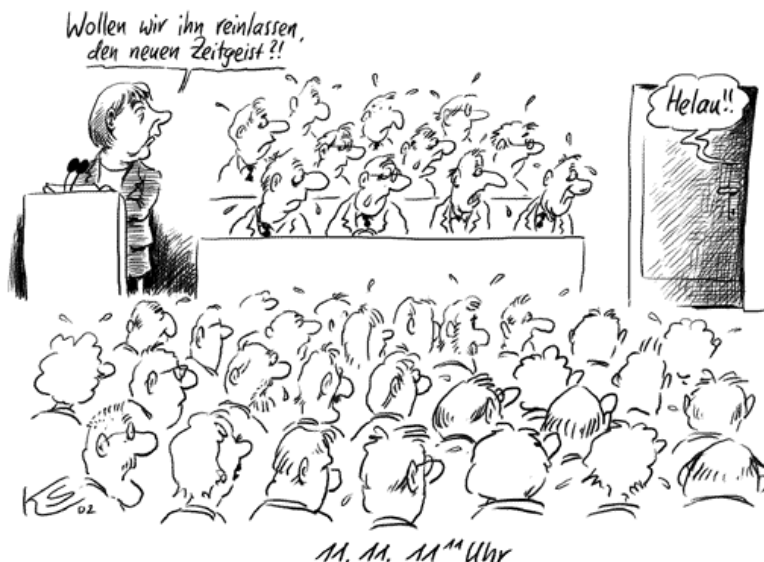
zu der Absenkung der Schwankungsreserve, der maßvollen Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und dem Festlegen des Beitragssatzes in der Rentenversicherung auf 19,5 Prozent keine Alternative gibt. Angesichts der derzeitigen konjunkturellen Situation ist es beschäftigungspolitisch sinnvoll, den infolge der kurzfristig verschlechterten Einnahmesituation notwendigen Beitragssatzanstieg deutlich zu begrenzen. Durch die Absenkung der Mindestschwankungsreserve auf 0,5 Monatsausgaben und der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze, durch die Arbeitnehmer mit höherem Einkommen verstärkt zur solidarischen Finanzierung beitragen, wird erreicht, dass der Beitragssatz nur auf 19,5 Prozent ansteigt.

In der Anhörung wurde noch einmal deutlich, dass die in den letzten Tagen geführte Diskussion um eine vermeintliche Verletzung der "Generationengerechtigkeit" nicht gerechtfertigt ist: Zentraler Bestandteil der Rentenreform im letzten Jahr ist eine veränderte Anpassungsformel zur Fortschreibung der Renten; Belastungen der erwerbsaktiven Generation durch steigende Rentenversicherungsbeiträge und Auf-

wendungen für die zusätzliche Altersvorsorge führen nunmehr zu geringeren Rentenanpassungen. Der Anstieg des Beitragssatzes auf 19,5 Prozent führt also dazu, dass die Rentner und Rentnerinnen im darauf folgenden Jahr eine um etwa 0,4 Prozentpunkte geringere Erhöhung ihrer Renten erhalten, als dies bei einem stabilen Beitragssatz möglich gewesen wäre. Die SPD-Bundestagsfraktion hält daher daran fest, dass mit der Rentenreform ein guter Kompromiss zwischen den Interessen der jüngeren und der älteren Generation gefunden worden ist. Zur Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge kommt es jetzt darauf an, dass über die Schaffung von Beschäftigung und der Förderung des Wirtschaftswachstums eine stabile Einnahmehasis erreicht wird.



... und dann war diese Woche noch ...



Weiterführende Informationen zu den Beschlüssen des Bundestages der Woche, Hintergründe, Gesetzesentwürfe sind auf der Internetseite der SPD-Bundestagsfraktion zu finden.



www.spdfraktion.de

Kontakt:
Bundestagsbüro Berlin
Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
Tel: 030 – 227 700 26
Fax: 030 – 227 76 008
Email: ulrich.kelber@bundestag.de
Internet: www.kelber.de

SPD-Bürgerbüro Bonn
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228 – 280 31 35
Fax: 0228 – 280 31 36
Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de